

BESCHÄFTIGUNG IST UNTER DRUCK

Niedrige Auftragseingänge, Investitionsstau und US-Zölle belasten die Beschäftigung – Maschinenbau braucht neue Impulse

Der Maschinen- und Anlagenbau befindet sich seit drei Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation und es ist keine Erholung in Sicht. Die Beschäftigten sind stark unter Druck – in 129 der befragten Betriebe wurde für über 13.200 Personen ein Arbeitsplatzverlust angekündigt. Die Beschäftigtenzahl sinkt, Kurzarbeit und Arbeitszeitkonten sind zum Teil ausgeschöpft. Gemeinsam mit Restrukturierungen und Verlagerungen führt dies dazu, dass die Unsicherheit hoch ist. Die IG Metall sagt deutlich: Der Maschinenbau braucht neue Impulse. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, Wertschöpfung in Deutschland und die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft der Branche!

Der Trendmelder zeigt, was zukünftig zu tun ist. China ist technologisch oft auf Augenhöhe und strebt nach Europa, die USA sind durch ihre Zollpolitik ein schrumpfender Markt. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit der Branche neu denken. So wie in den 1990er Jahren wird es nicht mehr werden. Wir brauchen mehr Investitionen. Wir müssen ein Ökosystem der Innovationen aufbauen, das die Gegebenheiten der Branche - viele KMU, kaum Konzerne - aufnimmt und KI etabliert. Die Politik muss den Rahmen schaffen, die Unternehmen müssen investieren und nicht verlagern. Die US-Zölle müssen wieder auf die Agenda. Um die Zukunftsfähigkeit langfristig zu sichern, müssen die künftigen Fachkräfte gebildet werden. Notwendig sind deutlich mehr Auszubildende. Diese müssen in unbefristete, stabile Arbeitsverhältnisse übernommen werden.

Für die IG Metall ist klar: Für Zukunftssicherung braucht es Beschäftigungs- und Standortsicherung, Investition und Innovation, gute Arbeitsbedingungen und hohe tarifliche Standards.

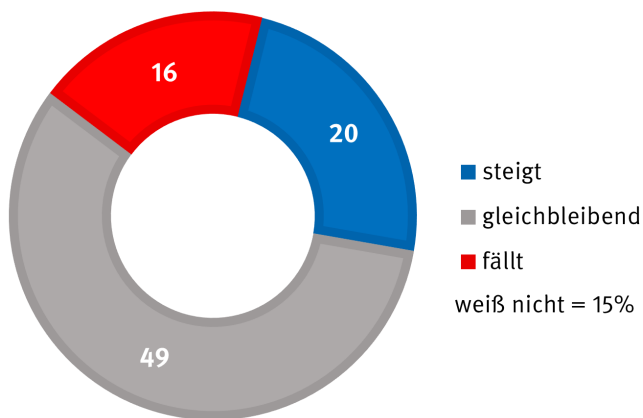


Jürgen Kerner
Zweiter Vorsitzender

**IG METALL
Vorstand**

AUFTRAGSEINGÄNGE UND INVESTITIONEN AUF NIEDRIGEM NIVEAU

Entwicklung der Auftragseingänge
(Angaben in Prozent)



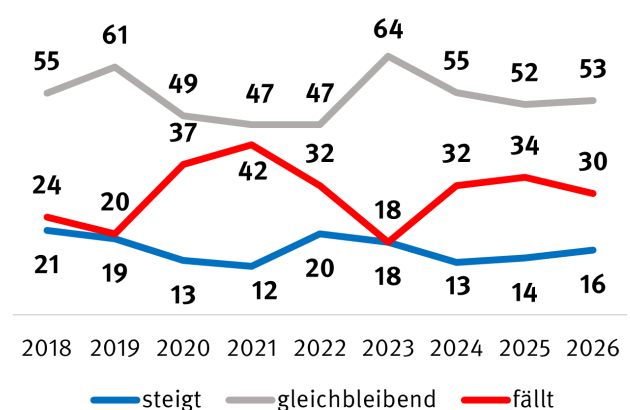
Die Investitionen verharren auf einem kritischen Niveau.

Die erwartete Entwicklung von Investitionen sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung bleibt mit 16 Prozent auf niedrigem Niveau. 53 Prozent planen, sie auf diesem Niveau verharren zu lassen. Die Investitionen werden nur von 24 Prozent als sehr gut oder eher gut bewertet. Damit verschärft sich der langjährige Investitionsstau weiter. Diese langjährige niedrige Investitionsniveau verschlechtert die Zukunftsaussichten der Branche und wirkt sich zunehmend negativ auf die Innovationsfähigkeit aus. Wir brauchen endlich ein Umdenken, um im globalen Innovationsdruck zu bestehen.

Bei den Auftragseingängen ist keine Erholung in Sicht.

Die Höhe der Auftragseingänge wird nur von 36 Prozent der Betriebsrätinnen und Betriebsräte als sehr gut oder eher gut bewertet. Mit Blick auf die nächsten 12 Monate gehen 16 Prozent von einem weiteren Absinken aus, 49 Prozent rechnen mit einer gleichbleibenden Anzahl an Auftragseingängen. Bei der Einschätzung zu Umsätzen und Gewinnen ergibt sich ein ähnliches Bild. 39 Prozent bewerten die Umsätze als sehr oder eher gut und 18 Prozent rechnen mit einem Absinken im nächsten Jahr. Die Gewinne bewerten 33 Prozent sehr gut oder eher gut und 22 Prozent rechnen mit einem sinkenden Niveau. Die Kapazitätsauslastung wird ebenfalls nur von 37 Prozent als sehr gut oder eher gut bewertet. 23 Prozent rechnen mit einem Absinken. Zum Jahr 2025 zeigt dies eine minimale Verbesserung, die insbesondere durch die Unterschiedlichkeit der Teilbranchen bedingt ist.

Entwicklung der Investitionen
(Angaben in Prozent)



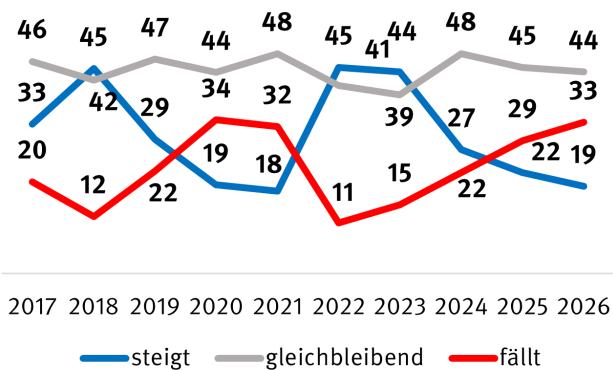
Informationen zum Trendmelder

Der Trendmelder ist eine seit 2017 jährlich im Frühjahr von der IG Metall durchgeführte Befragung von Betriebsrätinnen und Betriebsräten im Maschinen- und Anlagenbau. Er erfasst ihren Blick auf die Branche. In diesem Jahr haben mehr als 560 Betriebe teilgenommen und die Befragung wurde um Fragen zu den Auswirkungen der US-Zölle ergänzt.

BESCHÄFTIGTENABBAU PRÄGT DIE SITUATION IN DER BRANCHE

Beschäftigtenentwicklung

(Angaben in Prozent)



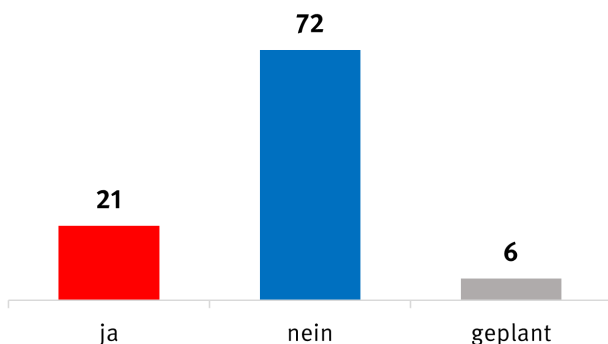
Immer mehr Beschäftigte sind von Personalabbau betroffen.

33 Prozent der Betriebsrätinnen und Betriebsräte rechnen damit, dass die Anzahl der Beschäftigten in den nächsten 12 Monaten sinken wird. Da Befristungen und Leiharbeit bereits vielfach beendet wurden, ist davon nun insbesondere die Kernbelegschaft betroffen. Nur 19 Prozent der Befragten prognostizieren eine Steigerung der Beschäftigten. Immer weniger Betriebe erhöhen ihre Ausbildungsplätze. Bei den Befragten war dies nur bei 14 Prozent der Fall. 58 Prozent der Betriebsräte gehen dagegen davon aus, dass die Anzahl der Auszubildenden konstant bleibt. Durch dieses weiter reduzierte niedrige Niveau verschärfen die Betriebe selbst ihren Fachkräftebedarf.

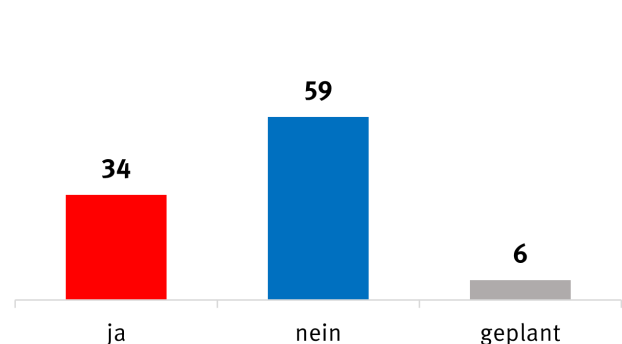
Situation bei Kurzarbeit und dem Abbau von Arbeitszeitkonten

(Angaben in Prozent)

KURZARBEIT



ABBAU AZ-KONTEN



Instrumente zur Krisenbewältigung sind immer weiter ausgeschöpft.

21 Prozent der Betriebe befinden sich weiter in Kurzarbeit. Weitere 6 Prozent planen Kurzarbeit. Arbeitszeitkonten werden weiter abgebaut. Bei 34 Prozent erfolgt aktuell ein Abbau, bei 6 Prozent ist der Abbau geplant.

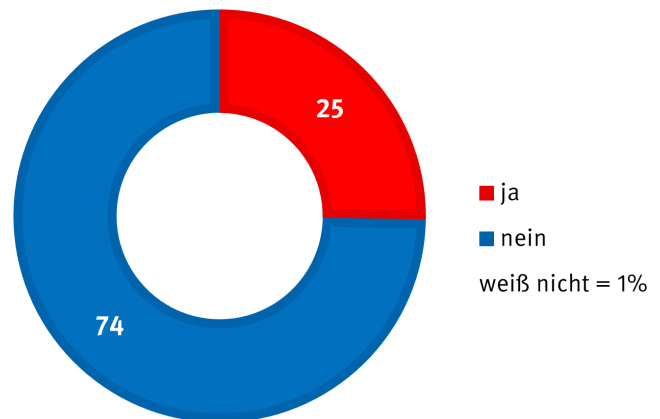
Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist dies eine Reduzierung. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Instrumente zum Teil bereits ausgeschöpft sind. Um einen noch stärkeren Personalabbau zu verhindern, muss Politik Krisenbewältigungsinstrumente wie Kurzarbeit weiterhin ermöglichen.

WEITER UNSICHERHEIT ÜBER BESCHÄFTIGUNG UND STANDORTE

Beschäftigtenabbau setzt sich weiter trotz Fachkräftebedarf fort.

In 25 Prozent der Betriebe wurde in 2025 ein Programm zum Abbau von mehr als 25 Beschäftigten angekündigt oder umgesetzt. Dies betraf insgesamt 13.267 Beschäftigte und damit 4,7 Prozent aller Beschäftigten der teilnehmenden Betriebe. In den betroffenen Betrieben waren dies durchschnittlich jeweils 20 Prozent der Beschäftigten. Gegenüber 2024 ist diese Zahl konstant. Trotzdem geben 56 Prozent der Betriebe an, Fachkräftebedarf zu haben. Insgesamt werden in diesen Betrieben 4.050 Fachkräfte gesucht, eine Reduzierung um 22 Prozent gegenüber 2024. Hier zeigt sich, dass die Branche selbst noch Potentiale hat, ihren Fachkräftebedarf zu decken, auch wenn der Bedarf schrumpft.

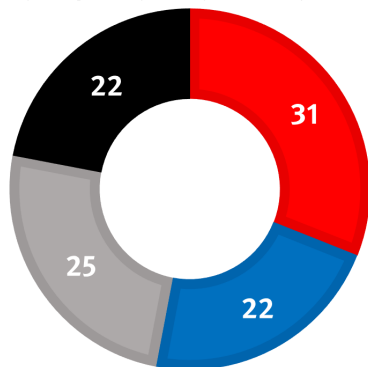
Abbau von mehr als 25 Beschäftigten in 2025 angekündigt oder umgesetzt (Angaben in Prozent)



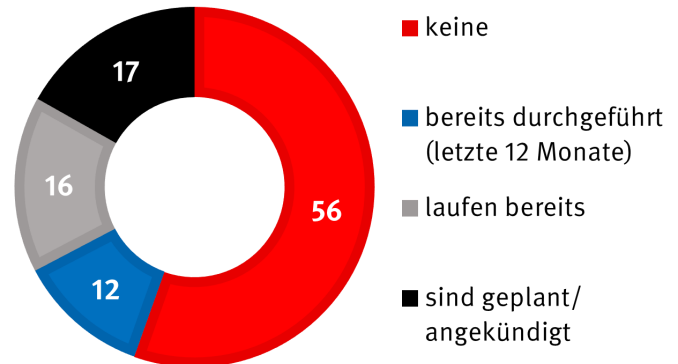
Restrukturierungen/Umstrukturierungen und Verlagerungen

(Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

RESTRUKTURISIERUNGEN/ UMSTRUKTURISIERUNGEN



VERLAGERUNGEN



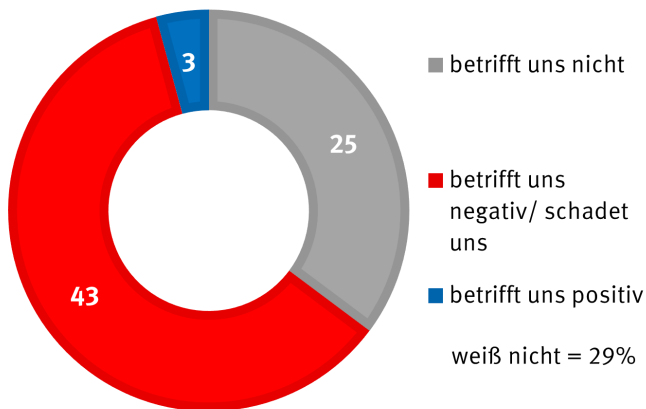
Verlagerungen und Restrukturierungen/Umstrukturierungen sind Dauerthema.

45 Prozent der Betriebsrätinnen und Betriebsräte geben an, dass Verlagerungen laufen, geplant oder in den letzten 12 Monaten bereits durchgeführt sind. Damit bleibt der Verlagerungsdruck hoch. Bei denjenigen, die verlagern, sind bei 63 Prozent alle Bereiche von der Verlagerung betroffen. Die Produktion wird bei 92 Prozent mindestens zum Teil verlagert: damit ist sie vor Sachbearbeitung/Verwaltung (69 Prozent), Logistik (62

Prozent) und Entwicklung (60 Prozent) der am stärksten betroffene Bereich. Die Verlagerung erfolgt am häufigsten nach Osteuropa, gefolgt von China und Indien, die auf gleichem Niveau liegen. Zusätzlich stehen in 69 Prozent der Betriebe Re- und Umstrukturierungen an, laufen bereits oder wurden in den letzten 12 Monaten durchgeführt. Diese anhaltend hohe Zahl an Verlagerungen und Restrukturierungen gefährden die Substanz des Industriestandorts Deutschland zugunsten von Kostenoptimierung.

US-ZÖLLE BELASTEN EXPORTE UND STANDORT

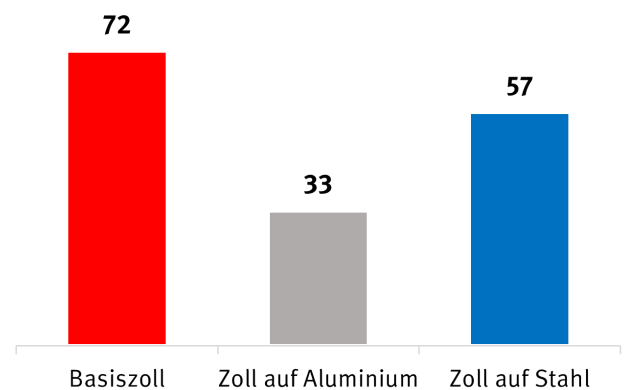
Bewertung Einigung im Handelsstreit (Angaben in Prozent)



Die Einigung im Handelsstreit mit den USA setzt die Branche unter Druck.

43 Prozent der Betriebsrätinnen und Betriebsräte geben an, dass die Einigung ihrem Standort schadet. 25 Prozent sind von der Einigung nicht betroffen. 29 Prozent können die Auswirkungen noch nicht abschätzen. Von denjenigen, die betroffen sind, geben 72 Prozent an, dass für sie der Basiszoll von 15 Prozent gilt. 57 Prozent sind (zusätzlich) von den 50 Prozent-Zöllen auf Stahl-

Betroffenheit von verschiedenen Zöllen (Angaben in Prozent)

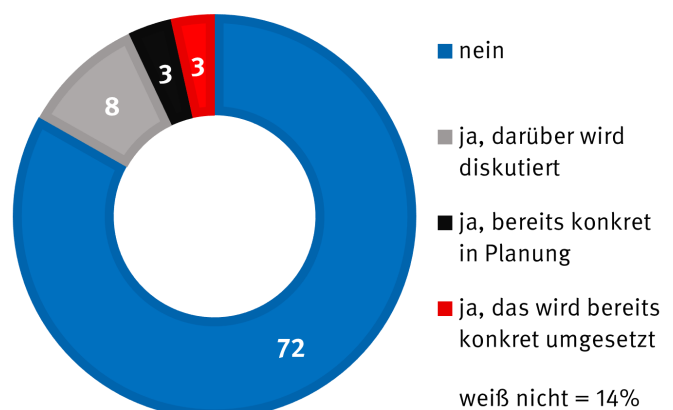


Bestandteile bzw. 33 Prozent auf Aluminium-Bestandteile betroffen. Die USA sind für die Branche der zweitwichtigste Exportmarkt. Von den befragten Betrieben liefern 16 Prozent über 20 Prozent ihrer Exporte in die USA, 25 Prozent haben 10 bis 20 Prozent US-Exporte und 59 Prozent unter 10 Prozent. Die US-Zölle schaden der Branche in der aktuell angespannten Lage enorm. Daher müssen sie politisch wieder thematisiert werden. Aktuell bietet sich die Chance zu Nachverhandlungen.

Die US-Handelspolitik hat erste Erfolge.

45 Prozent der befragten Betriebe haben bereits einen Produktionsstandort in den USA. Bei 3 Prozent ist geplant, einen Produktionsstandort zu eröffnen. Die USA haben mit ihrer Politik, Produktion in die USA verlagern zu wollen, zum Teil Erfolg. 15 befragte Betriebe setzen aktuell bereits eine Verlagerung von Produktion in die USA als Reaktion auf die Zollerhöhungen um. Weitere 15 Betriebe haben konkrete Planungen zu Verlagerungen begonnen und in 8 Prozent der befragten Betriebe wird zumindest darüber diskutiert. Politik muss hier endlich reagieren und mit Local Content-Vorgaben heimische Wertschöpfung sichern.

Erwägungen zur Produktionsverlagerung (Angaben in Prozent)



Die wichtigsten Ergebnisse des Trendmelders im Überblick:

- ▶ Die wirtschaftliche Lage des Maschinen- und Anlagenbaus befindet sich weiterhin auf einem schlechten Niveau und auch der Blick in die Zukunft zeigt keine positive Trendumkehr. Die Beschäftigten sind davon bereits seit Längerem betroffen, Kurzarbeit und der Abbau von Arbeitszeitkonten sind zum Teil ausgeschöpft. Die Fachkräftesituation wird durch einen unnötigen Beschäftigtenabbau und zu wenige Auszubildende verschlimmert.
- ▶ Die schlechte wirtschaftliche Lage manifestiert den Aufholbedarf für die Zukunftsfähigkeit der Branche: das Investitionsniveau ist seit Jahren zu niedrig, damit fehlen Innovationen, die Marktposition leidet und Verlagerungen sind weiterhin auf der Tagesordnung.
- ▶ Die US-Zölle schaden der Branche massiv und führen bereits zu ersten Verlagerungen von Produktion von Deutschland in die USA.

So reagieren die Betriebe:

- ▶ Es wird weiterhin versucht, an der Kostenschraube zu drehen.
- ▶ Der Fachkräftesituation wird nicht in angemessener Weise mit Ausbildung und Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung begegnet.
- ▶ Personalpolitik wird nicht aktiv betrieben.
- ▶ Der Industriestandort Deutschland wird durch falsche Entscheidungen zu Verlagerungen sowie Re- und Umstrukturierungen gefährdet.
- ▶ In die deutschen Standorte, in Beschäftigung sowie in Innovationen wird zu wenig investiert.

Gegen dieses Verhalten der Arbeitgeber müssen wir gemeinsam vorgehen. Es geht um Zukunfts- und Beschäftigungssicherheit. Darum gilt jetzt:

Die IG Metall will Gute Arbeit im Maschinen- und Anlagenbau

- ▶ Keine Reduzierung von Ausbildungsplätzen.
- ▶ Bestehende Beschäftigungspotentiale nutzen und Beschäftigung sichern.
- ▶ Eine nachhaltige und qualifizierte Personalplanung sowie Weiterbildungsangebote für alle Beschäftigten, insbesondere in Krisenzeiten.
- ▶ Umfassende Investitionen in Standorte, Produkte sowie Innovationen.
- ▶ Ein klares Bekenntnis zum Industrie- und Produktionsstandort Deutschland.
- ▶ Local Content-Maßnahmen zur Stärkung heimischer Wertschöpfung.
- ▶ US-Zölle müssen wieder auf die politische Agenda.



Jetzt online
Mitglied werden:
www.igmetall.de/mitglieder

**WIR SIND VIELE.
GEMEINSAM SIND WIR STARK.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.
MIT DIR. FÜR DICH.**

Impressum

Herausgeber: IG Metall Vorstand, VB 02,
60329 Frankfurt am Main
Verantwortlich: Jürgen Kerner
Text und Redaktion: Sascha Kristin Futh
Layout: Susanne Schwarz

Kontakt und Bestellung für Nichtmitglieder:
maschinenbau@igmetall.de
Erste Auflage: März 2026

www.igmetall.de